

22. Juli 2017, CSD-Gedenkveranstaltung

Rede von Ulrich Keßler, LSVD-Landesvorstand:

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,*

*ich begrüße Sie und Euch im Namen des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg zu unserer schon traditionellen Gedenkveranstaltung zum Auftakt der CSD-Demonstration. Besonders begrüßen möchte ich als Vertreter des Regierenden Bürgermeisters den Chef der Senatskanzlei, Herrn Staatssekretär Björn Böhning, sowie Bürgermeister und Senator Dr. Klaus Lederer, die Mitglieder des Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses, Vertreterinnen und Vertreter der lesbischen, schwulen, bi, trans und inter Community, Engagierte und Interessierte sowie – last but not least – als Vertreter der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, die sich um die Pflege dieses Denkmals verdient macht, ihren stellvertretenden Direktor Dr. Ulrich Baumann, der gleich zu uns sprechen wird.*

*Es ist eine inzwischen schon langjährige Tradition, vor dem eher lauten und fröhlichen – dabei nicht unpolitischen – CSD innezuhalten und der homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus gedenken. Langjährig heißt aber – genau wie beim CSD selbst – sicher nicht obsolet.*

*Warum genau versammeln wir uns hier? Mit diesem Denkmal will die Bundesrepublik Deutschland*

- 1. die verfolgten und ermordeten Opfer ehren,*
- 2. die Erinnerung an das Unrecht wach halten und*
- 3. ein beständiges Zeichen gegen Intoleranz, Feindseligkeit und Ausgrenzung gegenüber Schwulen und Lesben setzen.*

*Das ist eine komplexe Aufgabenstellung, aber es ist auch ungeheuer fruchtbar, sich der Herausforderung zu stellen, diese unterschiedlichen Aspekte unter einen Hut zu bringen. Es geht eben nicht nur darum, das vergangene Unrecht gebührend zu betrauern, sondern auch und gerade darum, das daraus abgeleitete „Nie wieder“ zu konkretisieren, mit Leben zu füllen, Forderungen an Gegenwart und Zukunft abzuleiten.*

*Zum vergangenen, aber nicht vergessenen Unrecht gehört auch, dass die Verfolgung Homosexueller mit dem Ende des Naziregimes nicht aufhörte, sondern fortgesetzt wurde, in der Bundesrepublik sogar mit der von den Nazis verschärften Version des § 175. Wie eine solche Verfolgung vor und nach 1945 aussehen konnte, wird uns gleich Ulrich Baumann veranschaulichen.*

*Bereits im Jahre 2000 hat der Bundestag anerkannt, dass durch die nach 1945 weiter bestehende Strafdrohung homosexuelle Bürger in ihrer Menschenwürde verletzt worden sind. In diesem Jahr war es dann endlich so weit, die logische Schlussfolgerung umzusetzen, diese Menschen auch ausdrücklich zu rehabilitieren. Die Freude darüber wird allerdings etwas dadurch getrübt, dass die damit verbundene Entschädigung für viel zu viele Betroffene zu spät kommt und auch nicht gerade üppig erscheint.*

*Noch eine weitere langjährige Forderung konnten wir in diesem Jahr endlich aus unserem Katalog streichen. Die endlich erfolgte Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist durchaus als ein Zeichen gegen Intoleranz und Ausgrenzung gegenüber Schwulen und Lesben zu verstehen. Letztes Jahr habe ich hier noch die (leise) Befürchtung geäußert, auch 2017 könne das Motto des CSD schon wieder „Danke für gar nichts“ heißt. Das ist nicht der Fall, und das ist ein Grund zur Freude, auch wenn es im Abstammungsrecht noch Nachbesserungsbedarf gibt.*

*Auch wenn wir als LSVD an dieser Entwicklung nicht ganz unbeteiligt waren und wohl auch stolz auf das Erreichte sein können, heißt das noch lange nicht, dass unsere Aufgabe beendet wäre. Zur rechtlichen Gleichstellung in Deutschland fehlt vor allem noch, Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz um die Merkmal sexuellen Orientierung und geschlechtliche Identität zu ergänzen. Zudem heißt rechtliche Gleichstellung noch nicht Gleichstellung in der Realität.*

*Homo- und Transphobie ist und bleibt ein drängendes Problem, sowohl in Deutschland als auch fast überall sonst auf der Welt. Das schwule Anti-Gewalt-Projekt Maneo weist steigende Fallzahlen homo- und transphober Gewalt auf, und auch die jüngst veröffentlichte Umfrage zu Antisemitischen und Islamistischen Einstellungen von Schülern des American Jewish Committee ist Besorgnis erregend. Auch wenn diese Umfrage nicht repräsentativ war und steigende Fallzahlen auch auf einem veränderten Anzeigeverhalten beruhen können, zeigt beides, dass das Problem existiert und dass es bekämpft werden muss. Dazu sind wir – Staat und Gesellschaft, Personen und Organisationen – aufgerufen. Eben deshalb sind zwei Forderungen des CSD völlig zu Recht Akzeptanz durch Bildung und Aufklärung und eine gesellschaftliche Wertediskussion.*

*Nur ein praktisches Beispiel: Die soeben begrüßte Ehe für alle ist ein Recht, keine Pflicht. Das Recht zu heiraten umfasst das Recht, nicht zu heiraten, und vor allem umfasst es das Recht, nicht die Person heiraten zu müssen, die die Familie oder sonstwer aussucht. Daran müssen wir arbeiten, dass in allen Köpfen ankommt: Das gehört zu den nicht verhandelbaren Grundprinzipien unserer Staats- und Gesellschaftsordnung. Da das leider noch nicht der Fall ist, begrüßen wir ausdrücklich, dass die Berliner Landesregierung nach dem aktuellen Koalitionsvertrag Krisenwohnungen für von Zwangsverheiratung betroffene LSBTI einrichten wird.*

*Ein weiterer – und letzter – Punkt: LSBTI-Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung. Das Asylrecht ist in Deutschland ein Grundrecht, weil NS-Verfolgte häufig nur durch Flucht ihr Leben retten konnten. Heute flüchten Menschen aus Lebensgefahr – und unter Lebensgefahr – zu uns. Besonders schwer hat es dann z.B. eine lesbische Geflüchtete, in dessen Herkunftsstaat es noch nicht einmal das Wort lesbisch gibt, wenn sie ihr Verfolgungsschicksal schildern soll. Hier bedarf es einer entsprechenden Sensibilisierung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und in den Aufnahmeeinrichtungen.*

*Wie gesagt: Es ist viel erreicht, aber es gibt noch viel zu tun.*

*Ich danke für Ihre und Eure Aufmerksamkeit.*